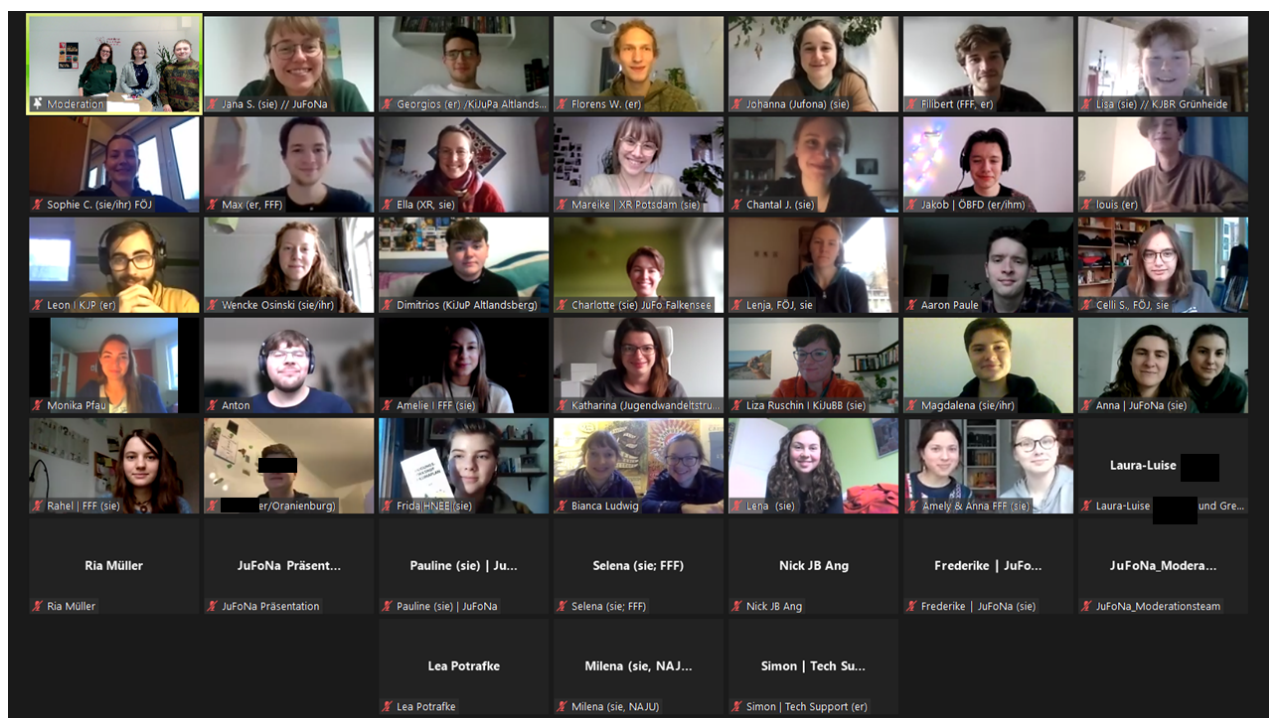


ABSCHLUSSPAPIER

BETEILIGUNGSWORKSHOP ZUM
KLIMAPLAN BRANDENBURG
27.11.2021



Jugendforum
Nachhaltigkeit
Brandenburg

PRÄAMBEL

Die globale Klimakrise ist in Brandenburg angekommen. Wir erleben das an vielen, vor allem ökologischen Veränderungen schon heute hautnah mit: Es gibt immer häufiger Extremwetterereignisse wie Hitzewellen aber auch Starkregen. Ausbleibende Regenfälle führen zu Wasserknappheit. Seen trocknen aus und Ernteauffälle gefährden unsere Nahrungsmittelsicherheit. Auch die Wälder leiden unter der Trockenheit und es gibt immer häufiger Waldbrände. Viele Tier- und Pflanzenarten sterben aus.

Als junge Menschen werden wir am längsten unter diesen Umständen leben müssen, die sich in Zukunft verstärken werden. Wenn sich nichts ändert, blicken wir auf eine Zukunft, in der unsere Gesundheit und Freiheit gefährdet ist und die geprägt sein wird von extremen finanziellen Belastungen – privat sowie staatlich.

Mit Sorge blicken wir außerdem auf andere Teile dieser Erde, wo Menschen, die kaum zur Klimakrise beigetragen haben, schon heute noch stärker unter ihren Auswirkungen leiden. Wir sind fassungslos angesichts dieser Ungerechtigkeit und der Untätigkeit hieran etwas zu ändern.

Wir fühlen uns mit dieser immensen Aufgabe und den begleitenden emotionalen Belastungen durch die Sorge um unser aller Existenzgrundlage allein gelassen.

Daher fordern wir das schnelle und ambitionierte Umsetzen von sozialverträglichen, globalgerechten Lösungen, die Umweltschutz und Fragen der sozialen Gerechtigkeit nicht gegeneinander ausspielen, sondern gemeinsam angehen.

Wir haben ein Recht auf angemessenen Klimaschutz, der uns eine lebenswerte Zukunft sichert.



UNSERE FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

Das brandenburgische Treibhausgas-Budget gemäß des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens ist bereits in den kommenden 2 Jahren aufgebraucht. Die angestrebte Klimaneutralität 2045 ist daher viel zu spät.

Die Politik muss sich klar zu einer umfassenden Transformation hin zu Klimagerechtigkeit bekennen und die Rahmenbedingungen für ein angemessenes Handeln in der Klimakrise schaffen.

Daher fordern wir:

- **eine sach- und faktenorientierte Herangehensweise im Umgang mit der Klimakrise.** Dabei muss die Situation anhand von Fakten und wissenschaftlichen Zahlen realistisch eingeschätzt werden.
- **Die Landesregierung muss ein verbindliches Klimaziel formulieren, welches sich auf ein verbleibendes CO₂-Budget bezieht** (und nicht auf eine Jahreszahl). Dabei muss das Pariser Klimaschutzabkommen als zentrale Leitlinie dienen.
- **Die Landesregierung muss verbindliche Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung für Brandenburg formulieren und umsetzen.** Diese müssen der Dringlichkeit der Situation gerecht werden.
- **Die Landesregierung muss auf Bundesebene und international Verantwortung übernehmen und sich einbringen.** Auf Bundesebene muss sich die Landesregierung für eine sozialgerechte Erhöhung des bundesweiten CO₂-Preises stark machen. International muss das Land Brandenburg Verantwortung für seine Rolle als einer der Hauptverursacher der Klimakrise übernehmen. Dazu zählt auch, die am stärksten von der Klimakrise betroffenen Menschen und Regionen finanziell zu unterstützen.



Konkret für einzelne Sektoren und Handlungsfelder bedeutet das:

(Diese Punkte werden in kommenden Workshops erweitert und vertieft.)

Energieversorgung

- Brandenburg muss bis spätestens 2030 aus der Kohleverstromung und -gewinnung aussteigen.
- Brandenburg muss bis spätestens 2035 aus der Verbrennung von Erdgas aussteigen. Der Ausbau von Gasinfrastruktur muss gestoppt werden.
- Es darf keinen weiteren Ausbau von fossilen Energieträgern geben.
- Der Ausbau erneuerbarer Energien in Brandenburg muss finanziell gefördert und durch einen Abbau bürokratischer Hürden unterstützt werden. Zusätzlich müssen personelle Kapazitäten für den Ausbau geschaffen werden.

Mobilität

- Die Landesregierung muss ihrer Verpflichtung zur Daseinsvorsorge auch im Sektor Mobilität nachkommen. Dazu zählt der Ausbau von sicheren Fuß- und Radwegen und der Ausbau des ÖPNV, vor allem in ländlichen Regionen. Der ÖPNV muss dabei eine kostengünstige Alternative zum privaten PKW darstellen.

LULUCF & Landwirtschaft

- Weite Teile von Brandenburg müssen als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden.
- Die Renaturierung von Flächen muss gefördert werden.

Bildung

- Die Themen Klimakrise, Klimaschutz und Klimaanpassung müssen ausführlicher und verpflichtend in die Lehrpläne aller Schulformen aufgenommen werden.
- Es muss eine generationenübergreifende Informationsoffensive zur Klimakrise geben.



Kommunen

- Die Kommunen müssen mehr in die Pflicht genommen werden klimagerecht zu agieren. Dafür muss die Landesregierung die Kommunen entsprechend unterstützen: finanziell (Personalstellen und Investitionen), konzeptionell und durch Vernetzungsangebote.
- Bei der Stadtentwicklung und bei Neubauten muss der Klimaschutz mitgedacht werden.

Prävention und Notfallsysteme

- Brandenburg muss Informations- und Warnsysteme für Bürger*innen aufbauen, um in Notfällen schnell reagieren und kommunizieren zu können.

Um die Akzeptanz für klimapolitische Maßnahmen zu gewährleisten, brauchen wir Beteiligung und Transparenz:

- Wir fordern eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Vor allem marginalisierte Personengruppen und junge Menschen müssen an Entscheidungen beteiligt werden, die sie betreffen.
- Wir fordern die Einrichtung eines Lobbyregisters und umfassende Transparenz politischer Prozesse.



UNSERE FORDERUNGEN AN DIE WIRTSCHAFT(SPOLITIK)

Die Wirtschaftspolitik in Brandenburg muss neue Schwerpunkte setzen, um ein klimagerechtes Wirtschaften zu ermöglichen. Dazu müssen sich die Kriterien für Wettbewerbsfähigkeit ändern. Daher fordern wir:

- **Die Entwicklung hin zu einer Kreislaufwirtschaft**, in der Produkte länger haltbar sind, Reparaturen wirtschaftlich möglich werden und eine Nachnutzung von Produkten und Materialien angestrebt wird.
- **Ein Abwenden von Wirtschaftswachstum als zentralen Indikator für wirtschaftlichen Erfolg**. Wir brauchen neue wirtschaftliche Konzepte, die sich am Gemeinwohl orientieren.
- **Ökologische Folgekosten müssen bei allen wirtschaftlichen Aktivitäten eingepreist werden**.
- **Verbraucher*innenschutz und -information im Bereich Klimaschutz fördern**: Treibhausgasemissionen und Wasserverbrauch bei der Herstellung von Produkten müssen transparent gemacht werden.
- **Klimaschädliche Subventionen müssen abgeschafft und klimafreundliche Subventionen verstärkt werden** (z.B. im Mobilitätsbereich, in der Landwirtschaft und Energieversorgung).
- **Unnötige bürokratische Hürden sollen für Unternehmen und Kommunen abgebaut werden**, um eine schnelle Transformation hin zu einer nachhaltigen und klimagerechten Wirtschaft zu ermöglichen.

Von Wirtschaftsakteur*innen fordern und erwarten wir:

- **Verantwortung zu übernehmen und sich als konstruktive Akteur*innen in der Bewältigung der Klimakrise zu begreifen**: keine Scheinlösungen mehr und kein Greenwashing.



UNSERE FORDERUNGEN AN DIE GESELLSCHAFT

Wir fordern von unseren Mitmenschen, die Auswirkungen der Klimakrise ernst zu nehmen und entsprechend zu handeln.

Wir wünschen uns, dass unsere Mitmenschen sozial nachhaltig miteinander umgehen. Dies umfasst Offenheit gegenüber einander, Respekt, Toleranz und Rücksichtnahme, sowie ein Verständnis der Erdbevölkerung als Weltgemeinschaft, in der jede*r von den Folgen der Klimakrise betroffen ist - jedoch nicht alle gleich.

Wir erwarten, dass sich unsere Mitmenschen über die Klimakrise und Fragen der Klimagerechtigkeit informieren und sich gegenseitig weiterbilden. Dazu gehört es auch, strukturelle Diskriminierung und Rassismus zu reflektieren und zu durchbrechen.

Von Medienvertreter*innen und Wissenschaftler*innen fordern wir eine gelungene Wissenschaftskommunikation in einer Sprache, die jede*r versteht. Wir fordern in Zukunft "false balances" zu vermeiden. Eindeutige wissenschaftliche Erkenntnisse müssen auch als solche dargestellt werden!

Wir wünschen uns, dass jede*r einen Beitrag zum Klimaschutz leistet, in dem jede*r seine*ihre eigene Verantwortung begreift und eigene Gewohnheiten hinterfragt. Dabei muss die Gesellschaft durch oben genannte politische Maßnahmen und Rahmenbedingungen unterstützt und von dieser Verantwortung entlastet werden.

Schlussendlich rufen wir unsere Mitmenschen auf, sich auch außerhalb ihres Privathaushalts für Klimaschutz einzusetzen, zum Beispiel am Arbeitsplatz oder durch politisches Engagement. Dafür müssen Strukturen geschaffen werden, die frei sind von jeglicher Form von Diskriminierung, damit sich alle Menschen gleichberechtigt einbringen können.



UNSER BEITRAG

Der zunehmende Klima-Aktivismus von jungen Menschen zeigt, dass wir bereit sind für Veränderung (auch in unserer eigenen Lebensgestaltung), und für einen Strukturwandel.

Wir möchten Neues ausprobieren und Alternativen vorleben, gerade auch auf lokaler Ebene, wo "kleine" Projekte große Veränderungen hervorbringen können.

Wir sehen uns selbst als starke Multiplikator*innen an, die Nachhaltigkeit und Klimaschutz in alle Bereiche tragen und die Akzeptanz für die notwendigen Maßnahmen steigern können. Zusätzlich können wir Druck auf wichtige Akteur*innen ausüben.

Gleichzeitig möchten wir betonen, dass es nicht die Verantwortung von jungen Menschen ist, die Klimakrise zu lösen. Trotzdem geben viele von uns große Teile ihrer Freizeit für Aktivismus her, bisher ohne angemessene Anerkennung, Wertschätzung und Ergebnisse. Dieser Druck sollte nicht auf unseren Schultern lasten.

Wir sind bereit, den Weg in eine klimagerechte und nachhaltige Zukunft zu gehen!



ZAHLEN, DATEN, HINTERGRUND

Am Samstag, den 27.11.2021, fand von 10 bis 18 Uhr ein Beteiligungsworkshop zum Klimaplan Brandenburg statt. Dieser wurde – in Absprache mit dem MLUK und der ifok GmbH – vom Jugendforum Nachhaltigkeit (JuFoNa) organisiert und durchgeführt. Aufgrund der weiter anhaltenden Covid-19-Pandemie musste der Workshop, der eigentlich in Präsenz geplant war, kurzfristig online durchgeführt werden.

An dem Workshop beteiligten sich insgesamt rund 50 junge Menschen im Alter zwischen 14 und 27 Jahren aus ganz Brandenburg. Mit dabei waren junge Menschen aus den kommunalen Kinder- und Jugendgremien, aus den Jugendumweltverbänden, aus den Jugendorganisationen der Parteien, Engagierte aus der Klimabewegung und einige bisher nicht organisierte junge Menschen.

Finanziert wird das JuFoNa vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) und dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBSJ). Unterstützt wird das JuFoNa vom Kompetenzzentrum für Kinder und Jugendbeteiligung Brandenburg (KiJuBB), wo das JuFoNa seit Juli 2021 in Trägerschaft der Stiftung Wohlfahrtspflege Brandenburg – Gemeinschaftsstiftung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Brandenburg angesiedelt ist.

Kontakt:

✉ info@jufona-brandenburg.de

🌐 www.jufona-brandenburg.de

🐦 @jufona_bb

📷 @jufona_bb



Jugendforum
Nachhaltigkeit
Brandenburg

